



OGH-Entscheidung: Einem Einsatzfahrzeug ist immer auszuweichen, auch wenn Blaulicht und Folgetonhorn widerrechtlich verwendet werden.

Straßenverkehr und Recht

Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofs zu den Themen Verweigerung der Atemluftprobe, Abschleppen auf der Autobahn und der Pflicht, einem Einsatzfahrzeug auszuweichen.

Verweigerung der Atemluftprobe

Gegen einen Kfz-Lenker wurde eine Geldstrafe nach § 5 Abs. 2, 4 und § 99 Abs. 1 lit b StVO verhängt, weil er die Untersuchung seiner Atemluft auf Alkoholgehalt verweigert hatte, obwohl vermutet werden konnte, dass er sein Kfz in einem durch Alkohol beeinträchtigten Zustand gelenkt hatte. In seiner Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof behauptete der Lenker, dass der Gendarmeriebeamte, der ihn zum Alkotest aufgefordert hatte, nicht im Sinne des § 5 Abs. 2 StVO „besonders geschult und von der Behörde hierzu ermächtigt“ gewesen sei. In Ermangelung einer fundierten Begründung seitens des Beschwerdeführers ging der VwGH auf die bloße Behauptung nicht weiter ein

und verwies auf ein bereits ergangenes Erkenntnis, woraus hervorgeht, dass einem geschulten Organ der Straßenaufsicht die einwandfreie Beurteilung der Frage, warum bei der Untersuchung der Atemluft kein brauchbares Ergebnis zustande gekommen sei, sehr wohl zuzumuten sei. Im vorliegenden Fall hatte der eingeschrittene Gendarmeriebeamte als Zeuge ausgeführt, der Beschwerdeführer habe zwar einen gültigen Blasversuch unternommen, in der Folge jedoch daneben geblasen. Es bedurfte daher weder der Einholung eines medizinischen Gutachtens über den Zustand des Beschwerdeführers, noch eines Gutachtens hinsichtlich der Funktionsweise des Alkomaten.

Darüber hinaus entspricht es der ständigen Rechtsprechung, dass der

bloße Verdacht ausreicht, der Aufgeforderte habe ein Fahrzeug in alkoholisiertem Zustand gelenkt (vgl. VwGH 2004/02/0005). Welche Menge an Alkohol der Beschwerdeführer nach dem Lenken zu sich genommen hat, ist rechtlich unerheblich, zumal durch die Behauptung eines Nachtrunks die Vornahme der Atemluftprobe nicht verweigert werden darf (vgl. VwGH 2004/02/0073).

Der Beschwerdeführer hatte auch die Angabe über die Tatzeit gerügt, worauf das Höchstgericht feststellte, dass es im Fall einer Verweigerung des Alkotests hinsichtlich der Tatzeit nicht auf die exakte Angabe der Minute ankomme. Bestraft wurde wegen des Tatbestands der Verweigerung und nicht wegen des Blutalkoholgehalts. Bereits der Inhalt der vorliegenden Be-

schwerde konnte die behaupteten Rechtsverletzungen nicht untermauern, die Beschwerde war daher ohne weiteres Verfahren als unbegründet abzuweisen.

VwGH 2004/02/0276

Einem Einsatzfahrzeug ist auszuweichen

Ein Lkw-Fahrer machte einem Gendarmerie-Einsatzfahrzeug nicht Platz, obwohl bei diesem Blaulicht und Folgetonhorn eingeschaltet war. Er verringerte weder die Geschwindigkeit noch wich er auf den Fahrbahnrand aus, um dem Einsatzwagen das Überholen zu ermöglichen. Deshalb wurde über ihn wegen Übertretung des § 26 Abs. 5 StVO eine Geldstrafe verhängt. Normiert wird in § 26 Abs. 5 erster Satz, dass alle Straßenbenützer einem herannahenden Einsatzfahrzeug Platz zu machen haben.

Der Lenker wies in seiner Beschwerde darauf hin, dass die einschreitenden Gendarmeriebeamten im Sinne des § 26 Abs. 1 StVO nicht berechtigt gewesen seien, das Blaulicht bzw. das Folgetonhorn einzuschalten, folglich sei er auch nicht verpflichtet gewesen, auf die „rechtswidrige“ Verwendung der Signale zu reagieren.

Der Oberste Gerichtshof (OGH) hatte in einem Urteil (2 Ob 157/88) entschieden, dass einem im Sinne des § 26 Abs. 5 StVO mit Blaulicht und Folgetonhorn herannahenden Einsatzfahrzeug auch dann auszuweichen sei, wenn die im § 26 Abs. 1 StVO angeführten Signale widerrechtlich verwendet werden. Dieser Rechtsansicht folgte auch der VwGH. Es ist daher irrelevant, ob die in Rede stehenden Signale widerrechtlich verwendet wurden oder nicht. Die Beschwerde wur-

de daher als unbegründet gem. § 42 Abs. 1 VwGG abgewiesen.

VwGH 2002/02/0068

Abschleppen auf der Autobahn

Ein Kfz-Lenker wurde belangt, weil er einen Reisebus auf der A 12 (km 24,3) abgeschleppt hatte, obwohl er bereits vorher bei der Abfahrt Kufstein Nord gem. § 46 Abs. 3 StVO abfahren hätte müssen. § 46 Abs. 3 StVO lautet: „Muss auf der Autobahn ein Fahrzeug wegen eines Gebrechens ... angehalten werden, so ist es möglichst auf dem Pannestreifen abzustellen. Der Lenker des Fahrzeuges hat dafür zu sorgen, dass er mit ihm die Fahrt ehestens fortsetzen kann. Ist dies nicht möglich, so ist das Fahrzeug unverzüglich über die nächste Abfahrtsstraße von der Autobahn zu entfernen.“

Beim gegenständlichen Fall handelte es sich aber nicht um ein Gebrechen, sondern um eine geplante Überstellung eines beschädigten Reisebusses von Deutschland nach Italien.

Die Behörde entschied zugunsten des Kfz-Lenkers und führte – unter Heranziehung des § 58 Abs. 2 Z 2 lit d KDV – aus, dass beim Abschleppen von Kraftfahrzeugen durch Spezialkraftwagen für den Pannendienst mit integrierter Abschleppvorrichtung (Hubbrille) auf Autobahnen bis zu 70 km/h gefahren und daher auch die Autobahn benützt werden dürfe. Da sich im aktuellen Fall keine Panne im eigentlichen Sinn bei dem abgeschleppten Omnibus ereignet habe, könne der Sachverhalt nicht unter den Tatbestand des § 46 Abs. 3 StVO subsumiert werden und dem Mitbeteiligten die Tat daher nicht vorgeworfen werden.

Gegen diesen Bescheid erhob das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie Beschwerde an den VwGH. Begründend wurde ausgeführt, dass aus § 58 Abs. 1 Z 2 lit d KDV nicht geschlossen werden könne, dass das Abschleppen mit Hubbrille auf der Autobahn zulässig sei. Die Bestimmung sei vielmehr so zu verstehen, dass auch bei einem Abschleppvorgang mit einer höchstzulässigen Geschwindigkeit von 70 km/h die Autobahn bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 46 Abs. 3 StVO über die nächste Abfahrtsstraße zu verlassen sei. Die beiden Bestimmungen seien miteinander nicht in Zusammenhang zu bringen, zumal die höchstzulässige Geschwindigkeit nach § 58 KDV mit den in § 46 Abs. 3 StVO normierten Pflichten nichts zu tun habe.

Der Rechtsansicht des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie schloss sich auch der Verwaltungsgerichtshof an. Ob ein „gewerblicher“ Transport oder eine „geplante Überstellung“ des Busses vorlag, sei rechtlich unerheblich, der Mitbeteiligte hätte auch in diesem Fall das Gebot des § 46 Abs. 3 StVO beachten müssen. Die von der belangten Behörde vertretene Rechtsansicht würde ad absurdum führen, da ein Fahrzeug, bei dem das Gebrechen auf der Autobahn aufgetreten ist, über die nächste Abfahrtsstraße zu entfernen ist, ein Fahrzeug jedoch, das bereits vorher ein solches Gebrechen aufweist, die Autobahn weiter benützen, ja sogar auf diese auffahren dürfte.

Der Bescheid der belangten Behörde war daher wegen Rechtswidrigkeit seines Inhalts aufzuheben.

VwGH 2005/02/0302

Christina Fichtinger



DR. JOHANNES FEICHTINGER

ÖFFENTLICHER NOTAR

FABRIKSGASSE 6

2620 NEUNKIRCHEN

TEL.: 02635/62437, 62797, FAX: 62707-5

E-Mail: notar.feichtinger@netway.at



DR. HANS HOUSKA

Rechtsanwalt

1010 Wien

Bartensteingasse 16

Tel. 01 / 405 83 03

Fax 01 / 405 83 04-72